

# Danziger Zeitung.

Nr. 18701.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Brünn, 15. Jan. (Privattelegramm.) Neuer Schneefall erschwert wieder jeglichen Verkehr.

Paris, 15. Januar. (Privattelegramm.) Hierher ist die privatmeldung gelangt, Padlewsky habe in einem Kloster bei Sofia ein unverlehrbares Asyl gefunden.

London, 15. Januar. (Privattelegramm.) Die neuesten Nachrichten aus Chile besagen, die Flotte werde sich demnächst unterwerfen.

Brüssel, 15. Januar. (Privattelegramm.) Die Arbeiterpartei hat ein herliches Manifest an die katholischen Arbeiter Belgien gerichtet, welches dieselben zum Eintritt für das allgemeine Stimmrecht auffordert.

Rom, 15. Januar. (Privattelegramm.) Der Papst wird im nächsten Consistorium eine bedeutsame Rede über den Socialismus halten.

Washington, 15. Januar. (W. T.) Der Senat berieb die Finanzvorlage und genehmigte das Amendement Stewart, welches die freie Silberausprägung auf das in den Vereinigten Staaten produzierte Silber beschränkt. Die Bestimmungen betreffend die Ausgabe 2prozentiger Obligationen und betreffend den Ankauf von 12 Millionen Unzen Silber zum Tagescourse wurden gestrichen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Januar.

## Die gestrige Reichstagsitzung.

Wenn man aus dem Umstände Schlüsse ziehen wollte, daß von den sechs Rednern, welche in der gestrigen Sitzung des Reichstages zu Worte gekommen sind, nur zwei für die Anträge auf Ermäßigung bez. Abschaffung der Getreidezölle gesprochen haben, so könnte leicht die Vermuthung entstehen, daß die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, so weit in denselben Zugeständnisse in der gleichen Richtung verlangt werden, vollkommen aussichtslos sind; und das um so eher, als z. B. hr. v. Hellendorf, der von der Beseitigung der Anträge durch Überweisung an die Budget-commission nichts wissen will und ein eindrucksvolles Votum gegen die Anträge verlangt, mit vollster Billigung des Bundesratstheiles vorzugehen schien. Herr v. Hellendorf hatte unmittelbar, ehe er ans Wort kam, eine Befredigung mit dem Reichskanzler, weshalb um so mehr bemerkt wurde, daß er den Versuch des Abg. Richter zurückwies, die Worte, welche der Kaiser unter seine für Herrn v. Stephan bestimmte photographie bezüglich des Verkehrs geschrieben hatte, im Sinne einer freihändlerischen Handelspolitik auszulegen.

Welchen Verlauf die Verhandlung heute nimmt, ist ziemlich sicher. Eine aus Conservativen, Centrum und wahrscheinlich dem größten Theile der Nationalliberalen bestehende Majorität wird die Anträge ablehnen. Aber ein großes Unglück ist das unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht. Wenn man genau zusieht, wenden sich bei dieser Discussion die schärfsten Ausführungen fast ausschließlich gegen den socialdemokratischen Antrag auf sofortige Anhebung sämtlicher Nahrungsmittelzölle, die nach der Berechnung des Grafen Rantz einen Einnahme-ausfall von nicht weniger als 125 Mill. nach sich ziehen würde! Und im übrigen genügt es, daß, wie Herr v. Caprioli erst vorgestern constatirte, die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn einen günstigen Verlauf nehmen. Wenn das Ergebnis diesen Erwartungen entspricht, wird man erst erfahren, wie die gestrigen Reden, wonach weder eine Ermäßigung von landwirtschaftlichen noch eine solche von industriellen Schutzzöllen zulässig sein soll, zu verstehen sind.

## Zur Zuckersteuerfrage

schreibt uns unser Berliner Correspondent: Es fällt auf, daß in der gestrigen ersten Sitzung der Zuckersteuermann das Centrum sich völlig passiv verhalten hat, so daß die Vernehmung, der Antrag hat sich auf dauernde Billigung offener Prämien bis zu einer internationalen Verständigung über die völlige Beseitigung der Prämien habe Aussicht auf Annahme, vorläufig nicht kontrollierbar ist. Die völlige Beseitigung der Rübensteuer dagegen gilt jetzt schon als gesichert. Dem Ansturm der Zuckerindustriellen gegenüber hat Schatzsekretär v. Maltzahn eine bemerkenswerte Haltung beobachtet. Die Regierung wäsche so meint er, ihre Hände in Unschuld, wenn dieses auf ein Übergangsstadium berechnete Gesetz falle. Sobald sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Einnahmen herausstelle, würde sich das Reich der Notwendigkeit gegenüber befinden, etwas weniger rücksichtsvoll vorzugehen. Die Zuckerinteressen werden gut thun, diese Warnung nicht in den Wind zu schlagen.

## Das Sinken d. Hoffnungen bezüglich Kochs Heilmittel.

Wenn die Ankündigung, daß Prof. Koch nun mehr Mittheilungen über die Zusammensetzung und die Herstellung seines Mittels machen werde, vor vier oder sechs Wochen erfolgt wäre, würde der Publication ohne Zweifel mit derselben Spannung entgegesehen worden sein, wie derjenigen vom 18. November. Nach den niederschlagenden Erfahrungen der letzten Zeit aber hat die Meldung, daß heute die Veröffentlichung in Aussicht stehe, in weiteren Kreisen wohl nur mäßigen Eindruck hervorgerufen. Die Versuche, die in einigen Zeitungen, wie es scheint, von interessanter Seite gemacht werden, um den Eindruck

der Birchow'schen Darlegungen abzuschwächen, mögen beim Laienpublikum noch einen gewissen Erfolg haben. Bei einer großen Zahl der beteiligten Aerzte und vor allem bei den Kranken, die seit Monaten Gegenstand der Versuche mit dem Koch'schen Mittel sind und die sich in ihren Hoffnungen getäuscht sehen, ist dergleichen wirkungslos. Der Aufstrom der Kranken, der vor einigen Monaten sich nach Berlin bewegte, geht jetzt bereits in eine rückläufige Bewegung über. Zahlreich sind bereits die Fälle, wo die Kranken die Rückreise nach den Winterheilstätten, Meran u. s. w. antreten, ohne Besserung in ihrem Leiden, aber um eine Hoffnung ärmer.

## Der Fall von Hoboken auf dem Dampfer „Elbe“.

In der Budget-Commission des Reichstages kam gestern auch der Fall von Hoboken auf dem Dampfer „Elbe“ zur Sprache. Der Unterstaatssecretär v. Marschall erklärte, daß die Zeitungsverstaltungen bedeutend übertrieben seien. Richtig sei so viel, daß deutsche Seizer von der Polizei bei einem tumult, den sie hervorgerufen, abgeführt werden sollten, daß sie sich auf den Dampfer flüchteten und von den amerikanischen Polizisten dahin verfolgt wurden. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einer Schlägerei, bei welcher auch ein Offizier verwundet wurde. In diesem Falle könne man schwerlich etwas machen. Iwar könne es fraglich erscheinen, ob nicht die Polizisten die Erlaubnis des deutschen Generalconsuls zum Betreten des Dampfers vorher hätten einholen müssen. Aber die Leute waren in direkter Ausübung ihrer Pflicht bei Verfolgung eines auf frischer That ergriffenen Schuldigen.

Etwas anders liege der Fall mit dem zweiten Besuch auf der Elbe. Dieser Besuch war zweifellos nur dann erlaubt, wenn der deutsche Generalconsul die Erlaubnis dazu ertheilt hätte. Darüber schwelen Verhandlungen. Man wird aber bei der Urteilshaltung der Sachlage nicht vergessen dürfen, daß die deutschen Seizer den Streit provocirt, die Schuld also in erster Linie auf deutscher Seite zu suchen ist.

## Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

Am Montag sind, wie schon in Amtszeit gemeldet, in Wien im Ministerium des Äußern die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland wieder aufgenommen worden. Nachdem in der Zwischenzeit der erste Sectionschef des Auswärtigen Amtes, welcher in Vertretung des Ministers des Äußern diese Verhandlungen zu leiten hatte, als Minister am allerhöchsten Hofstager ins ungarische Cabinet berufen wurde, ist zwischen dem Minister des Äußern und den beiderseitigen Ministerpräsidenten eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Leitung der Verhandlungen auch im weiteren Verlaufe durch Herrn v. Sjögrenhiem geführt werden solle, obgleich derselbe nunmehr Mitglied des ungarischen Ministeriums geworden ist. Hierbei wurde jedoch ausdrücklich festgestellt, daß diese ausnahmsweise Belebung eines Mitgliedes eines der Cabinetts der beiden Theile der Monarchie mit Verhandlungen, welche gemeinsame Angelegenheiten betreffen, keinen Präcedenzfall für die Zukunft zu bilden hätte. Die Conferenz am Montag war nur von kurzer Dauer. Einer der deutschen Delegirten, Geheimer Legationsrat Freiherr v. Lindenfels, war (wohl in Folge des Trauersalles in seiner Familie) noch nicht erschienen; an Stelle des sächsischen Geheimrats Böttcher ist der Geheimrat v. Körner als deutscher Bevollmächtigter getreten. Gestern wurde mit der zweiten Lesung des Vertragsmaterials begonnen. Die Verhandlungen dürften jetzt täglich stattfinden.

Vor der Sitzung am Montag konserierten die österreichisch-ungarischen Delegirten über die in der vorausgegangenen Zollconferenz gesafsten Verträge. Sowohl in Österreich-Ungarn als in Deutschland haben, wie das „Frdb.“ bemerkt, die Verhandlungs-Commissare die Pause benutzt, um das einschlägige Material für die bevorstehende zweite Lesung des Vertrags-Tarifes zu sammeln und zu sichten, und hervorragende Stimmen aus beiden vertragsschließenden Staaten constatiren die allseitige günstige Tendenz, zu einem befriedigenden Resultate zu gelangen, ohne die Schwierigkeiten zu unterschätzen, welche bis zu diesem Endegebnisse zu überwinden sein werden.

Dann fährt das „Frdb.“ fort: „Hatte die erste Lesung den formalen Zweck, die einzelnen Zollpositionen, die einer und der andere Theil proponirt, zur Kenntniß zu nehmen, so ist es der materielle Zweck der zweiten Lesung, über jede einzelne Post — und deren gibt es mehrere Hunderte — definitiv, schlüssig zu werden. Hierbei werden alle statistischen, dialectischen und factischen Behelfe ins Treffen geführt und die Entscheidung hierauf getroffen werden. Schon hieraus ist zu entnehmen, welche gewaltige Arbeitsmaterial zu bewältigen sein wird, und daß der in Aussicht genommene Termin von drei Monaten für die Finalisirung dieser Arbeit kein zu großer ist. Die Natur der ganzen Angelegenheit wird es auch bedingen, wenn die Conferenzen nicht in ununterbrochener Folge vor sich gehen, und es dürften in ihrem Verlaufe einige Unterbrechungen eintreten, um den deutschen Delegirten Gelegenheit zu geben, mit ihren Regierungen persönliche Fühlung zu nehmen.“

Die Frage der Verfassungsrevision in Belgien wird um so acuter, je näher der Beginn der parlamentarischen Session heranrückt. Die gegenwärtige Situation ist folgende: Sowohl die katholische als auch die liberale Föderation, welche die Gesamtvertretung aller der katholischen oder

liberalen Partei angehörigen politischen Wahlvereine bilden, haben an die Zweigvereine die Aufforderung gerichtet, sich deutlich über zwei Fragen auszu sprechen: über die Notwendigkeit der Verfassungsänderung und über die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes oder eines anderen Wahlsystems. Die Antwort der clericalen Zweigvereine ist kaum zweifelhaft. Sie werden sich in ihrer Mehrheit, wenn nicht in ihrer Gesamtheit, gegen jede Verfassungsänderung aussprechen. Denn sie stehen unter dem Einfluß des Staatsministers Woeste, dessen anti-revolutionistischer Feldzug bei seinen Parteigenossen von Erfolg gekrönt zu sein scheint. Anders wird natürlich die Antwort der liberalen Zweigvereine lauten. Die große Mehrheit wird sich zu Gunsten der Verfassungsdurchsetzung erklären, und in diesem Punkte scheint unter den Liberalen volle Eintracht zu herrschen. Die Frage jedoch, ob allgemeines Stimmrecht oder ein anderes Wahlsystem zu wünschen sei, wird eine Meinungsverschiedenheit im liberalen Lager aufdecken. Die größte liberale Vereinigung des Landes, die Brüsseler „Ligue libérale“, hat sich bereits entschieden gegen das allgemeine Stimmrecht erklärt, für welches Belgien mit Rücksicht auf den schlimmen Stand seiner Volksbildung nicht reif sei. Die Ligue schlägt vielmehr bloß eine erhebliche Ausdehnung des Wahlrechtes vor, so daß die Zahl der belgischen Wählermehrheit von 120 000 auf 600 000 gebracht werden könnte. In der Provinz haben sich mehrere liberale Wahlvereine im Gegensatz zum Vorschlag der Ligue für das allgemeine Wahlrecht erklärt.

## Ein wunderliches Telegramm

geht der „Indépendance Belge“ aus Wien zu. Dasselbe meldet, es wäre zwischen Österreich-Ungarn und England in den letzten Tagen eine geheime Convention betreffs der künftigen Besitznahme von Galonichi abgeschlossen worden. England habe sich verpflichtet, der eventuellen Besitznahme nicht zu widersetzen. Welche Jugestände Österreich-Ungarn dafür gemacht hätte, sei unbekannt; man vermuthe, daß österreichischerseits die unabdingte Unterstützung der englischen Politik in der Türkei, in Armenien und in Ägypten versprochen wurde. Die „Indépendance Belge“ widmet dieser Mitteilung eine lange politische Betrachtung, die sie sich, wie uns dunkt, hätte ersparen können. Denn diese Geschichte von der Galonichi-Convention besitzt alle Merkmale einer schlecht erfundenen Fabel. Österreich-Ungarn denkt nicht daran, Galonichi in Besitz zu nehmen, und hat daher nicht den geringsten Anlaß, pro futuro eine Convention abzuschließen. Die Unterstützung Englands im Orient ist kein Preis, den Österreich-Ungarn zahlt, sondern sie entspricht an und für sich dem österreichischen Interesse.

## Der schottische Eisenbahnenstreik

dauert mit unverminderter Hestigkeit fort. Die Einschüchterung der Ausländer und die aufgehenden Reden des Agitators Burns veranlassen einer Edinburger Meldung der „Kölner Zeitung“ zu folge viele Angestellte in Glasgow, Burntisland, Thornton, Arbroath, Falkirk, welche die Arbeit wieder aufgenommen hatten, sie von neuem einzustellen. Besonders bedenklich ist dieser neue Ausstand unter den Angestellten der South Western-Eisenbahn, die alle zur Arbeit zurückgekehrt waren. Ganz gegen schottische Gewohnheit haben die Gesellschaften während der letzten Sonntage Güterzüge abgehen lassen und dadurch die Handelsstockung siemlich befeiligt. Fortwährend werden Entgleisungsanschläge entdeckt und Ruhestörer festgenommen.

Wie uns aus London über die Strikebewegung gemeldet wird, hat den Streikern der Ausstand bis jetzt 20- bis 25 000 Pfund Sterling an nichtgeahlten Löhnen gekostet. Von anderen Gewerkvereinen haben sie bis jetzt höchstens 2500 Pfund Sterling Unterstützung erhalten. In Schottland selbst begegnet der Streik, im Gegensatz zu einer ganzen Anzahl kürzlicher englischer Ausstände, bei den Gerichten und der Polizei wenig Sympathie. Da der Streik trotz dessen allem Anschein nach sich über Wochen hinausziehen kann, so hat die Caledonian-Bahn beschlossen, die Zahl der Personenzüge einzuweichen zu beschränken und die freiwerdenden Locomotivführer bei den Ablösen und Eisenzügen zu verhindern.

Aus Glasgow wird von gestern hierzu noch telegraphiert: Das Comité zur Beilegung des Ausstands der Eisenbahnarbeiter beriebt heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters mit der Verwaltung der Caledonian-Eisenbahn. Letztere verweigert jedes Jugeständniß, wosfern nicht die Eisenbahn-Bediensteten vorher die Arbeit wieder aufnehmen. Der Bürgermeister von Edinburgh unterhandelte mit der Verwaltung der North-British-Eisenbahn, von welcher er dieselbe Antwort erhielt. Die Streikenden lehnen die von den Gesellschaften gestellten Bedingungen ab.

## Ruhestörungen in Lissabon.

Bei den vorgestrigen Auseinandersetzungen, welche zu Ehren des aus Mosambique zurückkehrenden Lieutenant Azevedo Continho veranstaltet wurden, ist es einem Telegramm der „Germ.“ zufolge in Lissabon zu mehreren Ruhestörungen gekommen. Continho hatte im vorigen Jahre gegen den Befehl der Regierung die Engländer im Shiregebiet angegriffen und sich dann offen geweigert, den Rückkehrbefehl des Marineministers zu befolgen, weshalb er vor ein Amtsgericht gestellt werden sollte. Der Lissaboner Garnison war es nun verboten worden, an den Ovationen für Continho teilzunehmen, doch wurde das Verbot von vielen Soldaten und Cadetten mißachtet, welche sich den Studenten anschlossen und Con-

tino begrüßten. Als hierbei mehrere Soldaten verhaftet werden sollten, kam es zu tumultuariischen Szenen, da die Volksmasse für die Soldaten und gegen die Polizei eintrat.

## Die Behringss Meer-Frage.

Wie aus Washington telegraphiert wird, hat gestern das Cabinet der Union die Behringss Meer-Frage beraten. In der Verhandlung des Obersten Gerichtshofes über die Klage der kanadischen Regierung sprach der Generalprocurator gegen den Antrag derselben und behauptete, daß der Gerichtshof keine Jurisdicition in der Angelegenheit habe, die von dem Gerichtshof von Alaska ausgegangen sei. Die Angelegenheit sei eine rein politische, mit der die Gerichte nichts zu thun hätten. Die weitere Verhandlung wurde sodann auf den 26. d. Ms. festgesetzt.

## Einwanderung nach Brasilien.

Wie man aus Rio de Janeiro berichtet, ist die Immigration von Russen nach Brasilien in fortwährender Zunahme begriffen. Von den 2000 Einwanderern, die in der ersten Hälfte des Dezember in Brasilien eintrafen, waren 1700 Russen. In der nächsten Zeit sollen nach den eingelaufenen Ankündigungen nicht weniger als 6300 Russen anlangen. Gerade die russischen Bauern seien aber, wie die Erfahrungen mit den russischen Einwanderern in Argentinien beweisen, fast vollständig ungeeignet, sich in diesen südamerikanischen Ländern zu acclimatisieren. Ein interessantes Bild von dem Verlaufe der Einwanderung nach Brasilien während des letzten Jahrzehntes bietet die vom Ackerbauminister Glycerio hierüber veröffentlichte Statistik. Derselbe zufolge trafen auf brasilianischen Boden im Jahre 1880: 29 729 Einwohner; 1881: 11 054; 1882: 21 197; 1883: 28 670; 1884: 20 087; 1885: 30 035; 1886: 25 741; 1887: 54 990; 1888: 131 745; 1889: 65 187; im ganzen 424 535 Einwanderer. Seit dem 1. Januar bis zum 30. September trafen in Brasilien ein: 16 467 Einwanderer aus Italien, 11 555 aus Portugal, 7397 aus Spanien, 5098 aus Russland, 3911 aus Deutschland, 1779 aus Frankreich, 635 aus Österreich-Ungarn, 11 700 Personen, wovon 36 215 Männer, 11 545 Frauen.

## Reichstag.

43. Sitzung vom 14. Januar.  
Die erste Beratung der Anträge Auer und Richter wird fortgesetzt.

Abg. Brömel (freil.): Die Erklärung des hrn. Reichskanzlers hat zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren auf mich den Eindruck gemacht, daß sich bei den verbündeten Regierungen ein Einverständnis für die Wichtigkeit des internationalen Verkehrs regt; es hat mir aus seinen Worten zum ersten Mal wieder ein menschliches Empfinden für die Ernährung der Bevölkerung herausgelebt. Wir dürfen wohl diesen Ausdruck als ein Pfand dafür nehmen, daß die Regierungen bereit sind, in der allernächsten Zeit die bessere Hand an die Zollgesetzgebung für die Lebensmittel zu legen. Früher war auch am Regierungstische, wie noch gestern im Hause, in der Haupträume immer von der Not der Landwirtschaft die Rede. Wie schroff unter diesen Umständen der Gegensatz zwischen den verbündeten Regierungen und den agrarischen Schutzbürgern in diesem Hause geworden ist, hat sich deutlich ergeben aus den Ausführungen des Abg. Luhz über die Viehsperrre. Der hr. Reichskanzler hat eine Bekräzung der Anschauungen der Regierungen über die Einführung der Volksernährung gefunden in den Maßregeln zur Erleichterung der Vieh-einfuhr. hr. Luhz macht den Reichskanzler aus dieser Maßregel einen schweren Vorwurf. Wir betrachten die Erklärungen des Reichskanzlers als den Anfang einer grundsätzlichen Aenderung der bisherigen Zollpolitik und knüpfen daran die Hoffnung, daß auf diesem Wege auch mit Entschlossenheit und Consequenz weiter gegangen werden wird. Der Abg. Luhz, der sich hier als conservativer Musterbauer vorgestellt hat, vertritt mit einer anerkennenswerten Harschlosigkeit den Standpunkt, daß der Zoll die Ware vertheure, und daß der Bauer aus der Vertheuerung einen guten Nutzen ziehe. hr. v. Schlescha leugnet die Vertheuerung vollständig und behauptet, daß das Ausland den Zoll trage; in der Mitte steht der Abg. Buhl, der mit der ihm eigenen Entschiedenheit behauptet, daß man diese Frage unverzüglich lassen müsse. In der Art und Weise, wie der hr. Bauer Luhz uns gestern den Geldgewinn aus den Getreidezöllen vorgerechnet hat, ist der Interessenstandpunkt mit einer Schrottheit, Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit vertreten, wie es selten in diesem Hause gehört worden ist. (Sehr wahr! links.) Der hr. Bauer Luhz (Heiterkeit links) will den Wert der Getreidezölle wirklich bar einheimfen für den Bauern. Ich kann nur sagen, gegenüber diesem kleinen Agrarist ist der Communist ein beeindruckender Mann. (Große Heiterkeit links.) Dieser kleine Agrarist fragt nach den anderen garnicht und auch darnach nicht, wo die 300 Mk. pro Jahr herkommen sollen. Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Geld nur auf Kosten der breitesten und ärtesten Massen der Bevölkerung beschafft werden kann. (Sehr wahr! links.) Was dieser kleine Agrarist mit Behagen einsieht, das muß ein erheblicher Theil des deutschen Volkes sich geradezu am Mund absparen. Herr Luhz meint, man würde mit Aufhebung dieser Zölle dem kleinen Bauern den sauer erworbenen Arbeitsdienst nehmen. Ich behaupte, daß diese Zölle dem Arbeiter den wohlverdienten Arbeitsdienst nehmen. Ich bin davon durchdrungen, daß diese einseitige Vertretung bestimmter Interessen, welche von der Gesetzgebung unmittelbar ein rentables Geschäft für ihr eigenes Gewerbe fordert, vor allen Dingen ganz mächtig den sozialistischen Bestrebungen vorarbeiten muß. Es ist ein großer Irrthum zu glauben, daß an dem Vortheil der Getreidezölle der größte Theil der Bauern bet

heil aus den Getreidezöllen auf den Kopf des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes nur auf 2½ Mk., während für den Besitzer von 100 Hektar und mehr durchschnittlich auf den Kopf von 3980 Mk. kommen. (Hört, hört! links.) Bei der Frage des Wertes des Getreidezölles für den Landwirt muss man nicht nur diese, sondern auch die anderen Zölle in Rechnung stellen. Die Industriezölle, die Zölle auf Geräte, Maschinen, Colonialwaren, Petroleum u. s. w. belasten die Landwirtschaft ganz empfindlich. Die deutsche Produktion leidet sogar unter den Getreidezöllen selbst durch die Vertheuerung des Futtermaterials, wie zahlreiche Petitionen aus landwirtschaftlichen Kreisen uns beweisen. Auf die Dauer kommt daher die Zollerhöhung nicht dem landwirtschaftlichen Betrieb zu gute, sondern dient nur dazu, Grund und Boden zu vertheuern. Die Getreidezölle wurden begründet damit, dass der Ertrag der Wirtschaften sich vermindert habe; man sprach von 20 Mark pro Hektar Minderertrag. Wenn die Getreidezölle diesen gesunkenen Wert wieder gehoben haben, so ist das jedenfalls bei dem Großgrundbesitz in sehr viel erheblicherem Maße der Fall, als beim kleinen Grundbesitz, der kein Getreide verkaufen kann. Die ländliche Bevölkerung, welche gerade so viel Getreide baut, als sie braucht, wird von den Getreidezöllen keinen Vortheil haben, aber die städtische Bevölkerung muss die Last derselben vollständig tragen und den Großgrundbesitzer einen nach Millionen zählenden Tribut entrichten, und die städtische Bevölkerung bildet einen immer grösseren Bruchteil der Gesamtbevölkerung, jetzt schon beinahe die Hälfte derselben. Das Ende des Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs, ist von hoher Stelle kürzlich gesagt worden, und Herr Buhl wird nicht die Fortschritte leugnen, welche die Technik in Bezug auf die Verbesserung und Erleichterung des Verkehrs gemacht hat. Aber sobald diese Fortschritte dazu dienen, dass den deutschen Broderen billiges Getreide verschafft wird, dann sagt Herr Buhl: Apag! Diese Schuhzollpolitik steht in schneidendem Gegensatz zu den Bestrebungen nach Verbesserung der Lage der Arbeiter; nur durch die Befreiung der Zölle wird der innere Frieden wiederhergestellt werden und wird es möglich sein, anderen Staaten wieder wirtschaftlich näher zu rücken. (Beifall links.)

Abg. Leuschn (Reichsp.): In Frankreich hat man ebenso hohe Getreidezölle wie bei uns, ohne dass auch nur jemand ein Wort darüber verliert; aber es bildet dieses Thema einen Gegenstand, um die öffentliche Meinung aufzuheben. Die Zölle haben keinen Einfluss auf die Getreidepreise, welche vielmehr von der Börse allein gemacht werden. Die Getreidepreise sind vor den Zöllen höher gewesen als jetzt. Es kommt nicht auf billiges Brod an, sondern darauf, dass die Arbeiter Arbeitsgelegenheit haben. Wenn das Brod immer billiger würde, dann würde schließlich der Körnerbau aufhören und die landwirtschaftlichen Arbeiter würden hungernd im Lande umherlaufen (Heiterkeit), und wenn das Getreide aus dem Auslande ausbleibt, dann müssen wir alle verhungern. Alle Produkte, die wir im eigenen Lande herstellen können, müssen wir durch unsere eigenen Arbeiter, die ein Recht auf Arbeit im Lande haben, erzeugen und nicht in der Fremde billig kaufen. Ohne eine Regelung unserer Währungsverhältnisse werden wir die russische Konkurrenz nicht besiegen können. Schaffen Sie (links) die Goldwährung ab, dann werden Sie den ersten Schritt zur Abschaffung der Zölle so verhaftet. Wir müssen die Arbeiter überzeugen, wer es am besten mit ihnen meint: diejenigen, welche Ihnen billiges Brod versprechen, oder diejenigen, welche ihre Arbeitsgelegenheit vermehren wollen. Wenn an eine Revision des Zolltariffs gegangen wird, dann wird der Befreiung der Getreidezölle die der Eisenzölle folgen und dann wird die deutsche Eisenindustrie von der englischen überflügelt werden. Deshalb liegt es gerade im Interesse unserer Arbeiter, dass die Schuhzollpolitik unter allen Umständen aufrecht erhalten wird. Unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn wollen wir in jeder Weise fördern, aber wir glauben nicht, dass dies geschehen kann auf wirtschaftlichem Boden, indem wir unsere Zölle preisgeben. (Jubiläum rechts und im Centrum.)

Abg. v. Hellendorf (cons.): Es ist Hellendorf auffallend, dass der Ansturm gegen die Zollgefegebung von zwei Seiten ausgeht, die sich einander als die schärfsten Gegner betrachten, die aber in diesen Fragen immer zusammen operieren. Es ist bei dieser Zollfrage immer von den Preisdifferenzen die Rede gewesen, als wenn die Preisnotierungen in der Nähe der Grenzen und beim Zollübergang maßgebend wären für die Preise des ganzen Landes. Auf Zahlen kommt es dabei garnicht an, sondern allein auf das richtige Denken, und da muss ich sagen: die Zölle haben als Schranken gegen die übermäßige preisdrückende Einfuhr sich gut bewährt und die Preise sind nicht höher geworden, als vor den Zöllen. Ich freue mich, dass Herr Lutz hier namens unserer kleinen Produzenten so warm für die Getreidezölle eingetreten ist. Wir müssen sie beibehalten um Ihrer eigenen Existenz willen. Es war eine hervorragende That des Fürsten Bismarck, dass er dem Gedanken der Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit zum Durchbruch verholfen hat; es ist bedauerlich, wenn gegenüber einer so grohartigen Maßregel gestern in dieser banalen und rohen Weise über den großen Mann gesprochen wurde. (Unruhe links; Ruf: Ist „roh“ parlamentarisch?) Nicht bloß die Großgrundbesitzer, sondern auch die kleinen Besitzer haben ein Interesse an den Getreidezöllen, ja sogar die ländlichen Arbeiter, welche einen Theil ihres Lohnes in Naturalien erhalten, die sie zum Theil verkaufen. Die Naturaliöhne haben einen grossen sozialen Werth. Der Landwirt, der zu seinem Geldlohn übergeht, begeht eine grosse Thörheit; dadurch wird die Unzufriedenheit der Arbeiter gefügt; das muss ich ausdrücklich hervorheben angesichts dem Umstandes, dass die Socialdemokratie mit ihrer Agitation auf das platt Land gehen will. Das ist das Beginnen nicht einer sozialen Reform, sondern einer sozialen Revolution. Der Herr Reichskanzler hat gestern auf die hohe Bedeutung der Landwirtschaft für die Erhaltung des Staates hingewiesen. Auf der Gesundheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse beruht die Sicherheit des Staates, unserer Gesellschaft und der ganzen gesellschaftlichen Ordnung. (Beifall rechts.) Ich behaupte, dass die Arbeiter auf dem Lande eine bedeutenswerthe Existenz führen gegenüber den Industriearbeitern. Wo wachsen denn unsere Krafträuber, unsere Soldaten? Die wachsen auf dem Lande! (Gehr richtig! rechts.) Die Bemerklichkeit, die Freiheit und der Industrie im höchsten Maße zu gute gekommen, die Landwirtschaft hat darunter aufs schwerste gelitten. In Wirklichkeit ist der Druck der Arbeiterverhältnisse auf die Produktion unserer Landwirtschaft fast schwerer, als der Druck geringer Preise. Die Schuhzölle sind für die Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden derselben Anschauungen erwachsen. Wo die Getreidezölle fallen, fallen auch die Industriezölle. (Gehr richtig! rechts.) Constatiren wir, dass auch in diesem Reichstage eine Mehrheit für die Abschaffung dieses Zollsystems nicht zu finden ist, das ist die Hauptthese! (Beifall rechts.)

Präsident v. Levetow: Der Vorredner hat die Worte, welche ein Mitglied dieses Hauses in der gestrigen Sitzung gebrauchte, als roh und banal bezeichnet. Ich halte diese Redewendung nicht für parlamentarisch und rufe den Abg. v. Hellendorf deshalb zur Ordnung! (Jubiläum links.)

Abg. v. Hornstein (cons.): Die Socialdemokraten wollen die Bauern gewinnen, darum wollen sie, dass der Bauernstand erst verarmen. Wenn die Regierung die Getreidezölle aufhebt, betrifft sie die Geschäfte der Sozialdemokratie. Auch die Aufhebung des Identitätsnachweises ist unzuständig, ganz Süd- und Westdeutschland würde eher den Freihandel, also die Aufhebung des Identitätsnachweises annehmen. Ebenso wenig kann im Interesse unseres Viehstandes von der Viehsperrre abgegangen werden. Ich hoffe, der Reichstag wird die Anträge ablehnen.

Abg. Stolle (soc.): Wenn die Herren eine Steigerung der Getreidepreise leugnen, so steht dem gegenüber das Zeugnis der sächsischen Regierung, welche wegen der Steigerung der Lebensmittelpreise besondere Zugeständnisse für ihre Beamten verlangt hat. Was hätten denn auch die Zölle für einen Werth, wenn die Landwirthe nicht in Folge derselben mehr einnehmen für verkauftes Getreide. Die Vorgänge an der Grenze bilden auch den augencheinlichen Beweis dafür, dass jenseits der Grenze das Brod billiger ist als diesseits. Die Industrie ist durch die Getreidezölle geschädigt worden; sie hat ihre Verpflichtungen, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, nicht einlösen können. Als 100 000 Bergarbeiter eine Lohnsteigerung forderten, wo waren Sie? (Nod rechts gewendet.) Sie haben es ganz gern geschenkt, dass gegenüber den Arbeitern die Linie schief und der Säbel haut. Die Nachweisung der ortsüblichen Lohnsätze ergiebt, dass die Löhne seit Jahren auch nicht um einen Groschen gestiegen sind. Ein Arbeitermangel besteht überhaupt nicht (Widerspruch rechts); wo nur die richtigen Löhne gezahlt werden, bleiben die Leute trotz des vorherrschenden Juges nach den Städten. Trotzdem in Sachsen die Löhne ziemlich niedrig sind, sind doch 700 000 Fremde bei der letzten Volkszählung gezählt worden; sind diese etwa durch die schönen Polizei-Verhältnisse Sachsen oder durch den Blümchenkaffee angelockt worden? (Heiterkeit.) Dazu folgten nicht die Leute deswegen gekommen, weil anderwärts die Löhne noch niedriger sind? Drei Viertel aller Landwirthe bestehen nur ein Viertel der Ackerfläche; das Uebrige teilen sich etwa 66 000 Großgrundbesitzer, welche allein von den Getreidezöllen einen Vorteil ziehen, während die Arbeiter dadurch nur benachtheilt werden. Das System der Abschließung nach außen wollen die Herren von der Rechten nicht aufgeben, es sollen alle Zölle unbedingt aufrecht erhalten werden. Wie wird sich der Herr Schatzsekretär dazu stellen, der sich als Abgeordneter gegen die Getreidezölle erklärt hat? Wird er dem Reichskanzler folgen bei der Durchführung von Handels-Verträgen? Als 1879 die Schuhzölle eingeführt wurden, proklamirte die „Nationalist. Correspondenz“, dass sie baldigst wieder abgeschafft werden müssten; jetzt hat sich Herr Buhl vollständig zu den Schuhzöllen bekehrt. Wenn der Reichskanzler zum Abschluss von Handelsverträgen oder zur Befreiung des ganzen Zollsystems kommt, dann wird er sich den Dank des Volkes verdienen. (Beifall links.)

Abg. Burlein (Centr.): Ich kann den consequenten freihändlerischen Standpunkt verstehen und deshalb begreifen, dass man unser ganzes Zollsysteem umwerfen will. Aber der Antrag Richter will nur die Getreidezölle befreien und die anderen Schuhzölle befreien lassen. Warum fängt man denn nicht mit dem Eisen an oder mit den Garnen? Warum macht man nicht Schuhe und Stiefel billiger? Die Herren wissen sehr wohl, dass eine Abschaffung der Industriezölle den Tod unserer Industrie bedeuten würde. (Lebhafte Widersprüche links.) Ich widerstreite den Anträgen nicht bloß aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Die Befreiung sämtlicher landwirtschaftlichen Zölle würde einen Einnahmeausfall von 125 Mill. Mk. bedeuten, den hauptsächlich die Einzelstaaten tragen müssten in Form erhöhter Matricularbeiträge. Alle Zuwendungen aus der Ilex huene könnten z. B. in Preußen nicht mehr gemacht werden, man müsste denn die die directen Steuern erhöhen. (Gehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Antrag Richter verlangt die Befreiung des Brennerprivilegiums; ich habe keine Brennereien, aber ich weiß, dass in manchen Gegenden ohne Brennereien eine Beihaltung unmöglich wäre. Wenn man Privilegien befestigen will, dann müsste man das große Geschenk befestigen, welches den Ahlenbergwerken gemacht wird durch Ausnahmefrachtarife, die vollständig den Schuhzoll erleben. Nicht die Getreidezölle treiben die Leute aus dem Osten nach dem Westen, sondern die höheren Gehlöhne und das geringe Verständnis für die Naturaliöhne. Wie schlecht die Lage der Landwirtschaft ist, beweist die Statistik der Zwangsversteigerungen und der Verschuldung des Grundbesitzes. Der Freihändler Adam Smith sagt, der heimische Markt ist der beste Markt; deshalb entmehder Schuhzoll oder Freihandel, einen Mittelweg gibt es nicht. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die weitere Berathung bis Donnerstag verlagt.

## Deutschland.

\* Berlin, 14. Januar. Prinz Heinrich wird in nächster Zeit nicht nur, wie schon gemeldet, beim Obercommando der Marine arbeiten, sondern auch, wie die im allgemeinen wohlunterrichtete „Schles. Ztg.“ erfährt, sich mit den Geschäftten der allgemeinen Staats- und der inneren Verwaltung vertraut machen. Schon vor Jahr und Tag war davon die Rede, ob es nicht gut sei, wenn der nächste Agnat des Kaiser- und Königs-hauses, der vielleicht im Wechsel der Geschickte zur Führung einer Regenschaft berufen sein könnte, neben seinem seemännischen Beruf in die Staatsgeschäfte genauer sich einweihen. Die zeitweilige Überstellung nach Berlin, um in der Staatsverwaltung thätig zu sein und seinen erlauchten Bruder in der Repräsentation bei Hofe zu unterstützen, dürfte den Wünschen des Prinzen Heinrich selbst entsprechen. Die Leitung der Beschäftigung des Prinzen in der Verwaltung wird Minister Herrfurth führen, der bereits als Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, in Gemeinschaft mit Prof. Dr. v. Gneiss, von Kaiser Wilhelm I. aussersehen war, dem Prinzen Wilhelm als Führer in der Kenntnis des praktischen Staats- und Verwaltungsrechts zu dienen. Die traurigen Ereignisse, der Tod des Kaisers Wilhelm I. und die schwere Krankheit Kaiser Friedrichs ließen es nicht zur Ausführung dieses Auftrages kommen.

\* Die Fahrt des Kaisers nach Gwinemünde galt einer Besichtigung der Eisverhältnisse und ihrer Gefahren für die Schiffahrt. Für diese Verhältnisse ist der Bericht über die letzte Fahrt des Dampfers „Pommernia“ von Interesse, welcher am letzten Sonntag nach langwieriger und beschwerlicher Fahrt in Stettin anlangte. Den Dampfer begleiteten auf dieser Fahrt die drei Eisbrecher „Berlin“, „Stettin“ und „Gwinemünde“; dieselben bahnten der „Pommernia“ selbst bei Werden (unweit Gwinemünde) und vor des „Kaiserafahrt“ den Weg, woselbst das Eis sich zu einer Stärke von nahezu zwey Metern über einander geschoben hatte. Wo die kleineren Eisbrecher „Stettin“ und „Gwinemünde“ nichts mehr auszurichten vermochten, da musste der viel stärkere Eisbrecher „Berlin“ eingreifen, und er that seine Schuldigkeit in vollstem Maße. Er lief mit voller Kraft auf das Eis hinauf, so dass er vorn ganz hoch stand, dann senkte er sich langsam mit lautem Krachen, durch seine Schwere die Eisschollen zerdrückend. Auf diese Weise konnte man an den gedachten Stellen nur Schritt vor Schritt vorgehen, und es ist daher erklärlich, dass die Fahrt gegen 30 Stunden in Anspruch nahm. Nicht minder schwierig gestaltete sich das Einlaufen des Hamburger Auswandererdampfers „Polaris“, welcher Tags darauf die „Pommernia“ passierte Fahrinne im Haff be-

nutzte. Die die leichtere für die „Polaris“ zu schmal war, so mussten die Eisbrecher „Stettin“ und „Gwinemünde“ zu beiden Seiten des Dampfers das Eis zertrümmern und die Fahrinne auf diese Weise verbreitern.

Mit regster Aufmerksamkeit und in alle Einzelheiten dringend, versogte der Kaiser und mit ihm sein Gefolge die Arbeit des Eisbrechers. Der Kaiser beobachtete genau, oft weit über Bord gebeugt, die Wirkungen des Schiffes, erkundigte sich bei den begleitenden Vorstehern der Kaufmannschaft nach allen technischen Details, nach der wirtschaftlichen Bedeutung für den Handel und die Förderung des Verkehrs, für die er mehrfach ganz besonders lebhafte Interesse bewies; er siegte selbst in die Maschinenräume hinab, beobachtete den Gang der Maschinen und sprach seine Befriedigung über die Einrichtung derselben, die gute Lust in den Räumen und die Leistungen der Eisbrecher aus. Das Schiff manövrierte, ging vor- und rückwärts, drehte sich auf der Stelle und brach das Eis mit Leichtigkeit, freilich nicht ohne harte Stöße und das eigentümliche Knallen, Schrunden und Dröhnen, das die großen und kleinen Schollen beim Brechen und bei der Arbeit der Schraube verursachen. Gegenüber Herlingsdorf wurde dem Kaiser, wie die „N. Stett. Ztg.“ berichtet, namens des Vorstandes der Herlingsdorfer Gesellschaft die Bitte vorgebracht, dem neuen Pier in Herlingsdorf den Namen „Kaiser Wilhelmbrücke“ geben zu dürfen, und dieselbe von ihm in liebenswürdigster Weise gewährt. Dort fand sich für ihn auch Gelegenheit, auf einen weithin sichtenden Seeadler, freilich auf tüchtige Entfernung, einen Schuh abzugeben.

Der Kaiser hat sich auf seiner Fahrt mit dem Eisbrecher „Berlin“ über die einschlägigen Verhältnisse eingehends Bericht erstatte lassen.

\* [Der Laufe des jüngsten Kaiserl. Prinzen] wird der Kaiser von Österreich nicht persönlich bewohnen, sondern sich dabei vertreten lassen.

\* [Veränderungen in hohen Staatsämtern.] Wie der „A. R. C.“ mitgetheilt wird, beabsichtigt der Oberpräsident der Provinz Pommern, Graf Behr-Negendank, am 1. April d. J. von seinem Posten zurückzutreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Staatssekretär des Reichsstaatschafets, Frhr. v. Malzahn-Götz, soll sich um den alsdann vacante werdenden Oberpräsidentenposten in Stettin bewerben wollen. Freiherr v. Malzahn ist in Vorpommern begütert und war früher längere Zeit Landrat in Demmin, kennt also die Provinz und ihre Interessen. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet diese Meldung ebenso wie diejenige, wonach Prinz Reuß demnächst Statthalter der Reichsstände werden solle, als halloste Combinationen.

\* [Eine Aerztin], Dr. med. Agnes Bluhm, die in der Schweiz approbiert worden ist, hat sich im Centrum Berlins für Frauen- und Kinderkrankheiten niedergelassen. Dem „B. Volksbl.“ zufolge praticieren jetzt in Berlin im ganzen drei Aerzlinnen.

\* [Der Reichsanzeiger] wirft etatsmäßig jetzt einen Überschuss von nicht weniger als 202 530 Mk., obwohl er nur ca. 4000 Postabonnenten und ca. 600 Berliner Abonnenten zählt. Der Überschuss röhrt von den hohen Insotionsgebühren her für Zwangsinserate, welche insgesamt eine Einnahme von 600 000 Mark bringen.

\* [Die Staatschuld.] Nach der Übersicht der Staatschuld für 1. April 1891/92 beträgt das Schuldkapital 54 022 500 Mark 3½ prozentige Staatschuldscheine, 3 592 667 850 Mark 4 prozentige consolidierte Anleihe, 1 891 575 900 Mark 3½ prozentige, 65 Millionen Mark 3 prozentige Consols, 13 839 900 Mark 4 prozentige Anleihe von 1868, 8 400 000 Mark 3½ prozentige Prämien-Anleihe von 1855, 644 274 Mark 3½ prozentige Kur- und Neumärkische Kriegs-Schuld, 179 234 009,37 Mark Aktien und Obligationen von Eisenbahnen, dazu 29 398 170,73 Mk. Schulden der neuen Landesheile, so dass sich der Gesamtbetrag der Schulden des preußischen Staates nach dem Staatsentwurf auf 5 834 782 604,05 Mk. (gegen 5 230 993 561,38 Mark im Vorjahr) stellt.

\* [Uniformen der weiblichen Telephonbeamten.] Unsere weiblichen Telephonbeamten sind schon seit einiger Zeit im Besitz von Uniformen; die Tracht wird als eine recht praktische und kleidsame geschildert, umfasst jedoch nur die — Taille unserer Telephonistinnen. Die Damen erhalten von der Postbekleidungskammer je zwei Anzüge (Sommer- und Winterkleidung) und es besteht die Sommer-Uniform aus einer hell- und dunkelblau gestreiften Blousentaille mit rotem Paspelbelaf, während für den Winter dunkelblaue, in der Farbe des Postbeamtenkittels gehaltene eng anschließende Tricottailen bestimmt sind. An der Brust sind Klappen-Ausschlüsse angebracht. Die Ärmel, sowie der hohe Halskragen sind mit rotem Paspel besetzt.

\* [Die Ganzsäule.] Nach der Übersicht der Ganzsäule für 1. April 1891/92 beträgt das Schuldkapital 54 022 500 Mark 3½ prozentige Ganzsäuldscheine, 3 592 667 850 Mark 4 prozentige consolidierte Anleihe, 1 891 575 900 Mark 3½ prozentige, 65 Millionen Mark 3 prozentige Consols, 13 839 900 Mark 4 prozentige Anleihe von 1868, 8 400 000 Mark 3½ prozentige Prämien-Anleihe von 1855, 644 274 Mark 3½ prozentige Kur- und Neumärkische Kriegs-Schuld, 179 234 009,37 Mark Aktien und Obligationen von Eisenbahnen, dazu 29 398 170,73 Mk. Schulden der neuen Landesheile, so dass sich der Gesamtbetrag der Schulden des preußischen Staates nach dem Staatsentwurf auf 5 834 782 604,05 Mk. (gegen 5 230 993 561,38 Mark im Vorjahr) stellt.

\* [Verkehrsstörungen.] Auch heute trafen,

in Folge der bekannten Verkehrshindernisse, die Reisenden und Postfachanwärter vom Berliner Nacht-Schnellzuge erst 10½ Uhr Vormittags (statt 7½ Morgens) hier ein und es konnte erst gegen 12 Uhr die Ausgabe der Postfächern erfolgen. — Die Eisenbahnstrecken Mehlack-Lohsbude und Göttkendorf-Mehlack sind durch Schneeverwehungen gesperrt. Auf verschiedenen anderen Nebenstrecken wird der Verkehr zwar aufrecht erhalten, doch ist er durch die beweglichen Schneemassen sehr erschwert.

\* [Personen bei der Justiz.] Der Rechtskandidat Heinrich Ruhn aus Danzig ist zum Referendar ernannt und dem Amtsgerichte im Liegenhof vor Beauftragung überwiesen.

\* [Volk's Concerte.] In Folge der Verlegung seines Danziger Concerts hat der königl. Kammerjäger Fr. Buls jetzt auch die in anderen Städten der Provinz anberaumten Concerte in den März verschoben.

\* [Unfälle.] Der Arbeiter Carl B. aus Schmiedau wurde gestern in Neufahrwasser beim Verladen von Salz von einem ins Rutschen gerathenen Salzhausen befallen und erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels. — Der Monteur August F. von hier hatte gestern in Eichholz bei Mehlack eine Dampfschremschiff aufgestellt; nachdem er dieselbe in Betrieb gesetzt, glitt er aus und geriet mit der rechten Hand in das Getriebe der Maschine, wobei er einen complicirten Bruch des rechten Ringingers erlitt. Beide Verunglücke fanden Aufnahme im chirurgischen Stadtkrankenhaus in der Sandgrube.

\* [Schwurgericht.] Unter der Beschuldigung, den Alten Josef Rabitsch auf der Landstraße zwischen Nieder-Prangenau und Al. Böhlkau überfallen, mit einem Messer und einem Stein mishandelt und seiner Baarschaft beraubt zu haben, stand der Arbeiter Franz Wilm aus Ober-Prangenau heute vor den Geschworenen. Über den Hergang erzählte Rabitsch, auf dessen Zeugnis hin der Angeklagte vor einigen Jahren zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt worden war, dass er am 21. September v. J. Abends gegen 9 Uhr, mit Wilm im Krug zu Nieder-Prangenau ein Konreto gehabt habe. Da er etwas angetrunken gewesen sei, so hätten ihn verschiedene Leute aus dem Gasthause gebracht und er habe nun den Weg nach einem ca. ¼ Meile entfernten Wohnung angetreten. Plötzlich sei er von Wilm überfallen und durch verschiedene Messerstiche verwundet worden. Als das Rollen eines Wagens hörbar geworden sei, habe sich der Angreifer entfernt und er habe blutend seinen Weg fortgesetzt. Kurze Zeit darauf sei Wilm wieder gekommen, habe ihn niedergeworfen, seine Taschen untersucht, 1 Mk. 3 Pf. herausgenommen und mit den Worten: „Hund, bete noch ein Vaterunser, jetzt schlage ich dich tot!“ mit einem schweren Stein auf ihn losgeschlagen. Inzwischen sei der Sohn des Gastwirthes Schuhk mit seinem Knechte gekommen,



# Berliner Fondsbörse vom 14. Januar.

In Verbindung mit den von den auswärtigen Blättern vorliegenden Berichten und unter dem Eindruck einer allgemein günstigen Beurtheilung der Börsenlage, in erster Linie hervorgerufen durch die jede Bevorzugung ausschließende Lage des internationalen Geldmarktes, eröffnete der heutige Verkehr ziemlich lebhaft zu meist gebesserten Kursen, die zeitweise allerdings eine Abschwächung erfuhren, aber bald wieder durch eine ausgeprägte Neigung der Tendenz abgelöst wurden. Diese haftstrende Bewegung umfasste fast alle Zweige des Verkehrs und wurde, neben Dekkungskäufen der angestrichen gewordenen Contreparties, durch vielfache Kaufsaufträge, die von Seiten des Privat-

publikums vorlagen, unterstützt. Wurde gegen Schluss der Börse die Stimmung auch etwas ruhiger, so blieb doch Festigkeit nach unerlässlichen Schwankungen überwiegend. Banknoten handelten theils größere geschäftliche Regsamkeit aufzuweisen. Inländische Eisenbahnen ziemlich lebhaft umgesetzt und besser bejählt. Ausländische Bahnenpapiere ruhig, aber fest. Fremde Renten eher höher, aber wenig belebt. Preußische und deutsche Fonds-, Pfand- und Rentenbriefe etc. fest, mäßig belebt. Privatdiscont 3 1/4 %.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4
do. do.	3 1/2
do. do.	3
Konsolidirte Anleihe	4
do. do.	3 1/2
Staats-Schuldscheine	3 1/2
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3 1/2
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2
Landsh. Centr.-Pfandbr.	4
Ostpreuß. Pfandbriefe	3 1/2
Pommersche Pfandbr.	3 1/2
do. do.	4
Polnische neue Pfobr.	4
do. do.	3 1/2
Weitpreuß. Pfandbriefe	3 1/2
do. neue Pfandbr.	3 1/2
Pomm. Rentenbriefe	4
Polnische do.	4
Preußische do.	4
Ausländische Fonds.	
Deßterr. Goldrente	4
do. Papier-Rente	5
do. do.	4 1/2
do. Silber-Rente	4 1/2
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2
do. Papier-Rente	5
do. Gold-Rente	4
Russ.-Engl. Anleihe	4 1/2
do. do. 1880	4
do. Rente	1883
do. Rente	1884
Russ. Anleihe von 1889	4
2. Orient.-Anleihe	5
do. 3. Orient.-Anleihe	5
do. Giebel. 5. Anleihe	5
Russ.-Poln. Schah.-Obl.	4
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.60
92.60	92.60
106.20	87.00
99.50	99.50
34.50	34.50
—	—
101.25	101.25
97.10	97.10
97.20	97.20
97.30	97.30
102.50	102.50
102.50	102.50
102.50	102.50
96.80	96.80
27.50	27.50
106.60	106.6